

Konjunkturbericht

Redaktion : Gertraud Angerpointner

"Unvorhergesehene" Konjunkturflaute

Die wirtschaftlichen Aktivitäten in den Industrieländern blieben 1992 deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Metropolen belief sich im Durchschnitt auf ca. 1,5 Prozent, weltweit nahm die Produktion um nur ca. 1 Prozent zu (Sachverständigenratsgutachten 92).

Doch auch für Deutschland irrten die Prognosen. Die etablierten Institute und die Bundesregierung hatten ein mäßiges Wachstum von rund 2,5 Prozent in den alten Bundesländern und einen rasanter Aufschwung mit ca. 10 Prozent im Osten prognostiziert. Zusammengekommen hätte das einen Zuwachs von 3 Prozent geben sollen.

Der tatsächliche Verlauf war anders: In der BRD kam die starke Expansion, die infolge des Nachfragesogs aus den neuen Ländern 1990 und 1991 entstanden war, vollständig zum Stillstand (SVR). In allen Bundesländern zusammengenommen lag die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 1992 um zwei Prozent höher als 1991.

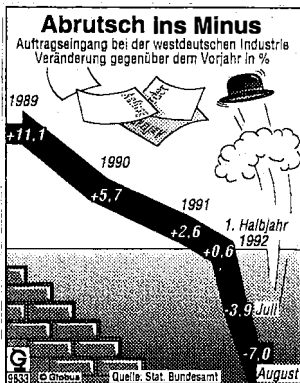
Diese zwei Prozent schönen aber die wirkliche Lage. In den alten Bundesländern gingen die Wachstumsraten von Quartal zu Quartal zurück. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt (oder auch das Bruttosozialprodukt) als Bezugsgröße, gibt es zwar im Jahresvergleich noch keinen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, aber im Quartalsverlauf eine eindeutige Bewegung in Richtung Stagnation. Laut Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt diese Stagnation unerwartet, nicht jedoch für isw-Leser (siehe wirtschaftsinfo Nr. 4).

Die unserer Meinung nach als Frühindikator und als Kern der Gesamtwirtschaft wichtige Industrieproduktion gibt die Situation noch deutlicher wieder: Sie steckt bereits mitten in der Krise. Hier ist die Produktion bereits seit Sommer 1991 rückläufig. Das dritte Quartal 1992 lag um 2,9% unter dem Vorjahresquartal (SoZ, 17.12.92). Dazu kommen massive Einbrüche bei den Bestellungen. Im Oktober/November 1992 gingen in der Industrie 9,4% weniger Aufträge ein, als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (SZ, 23/24.1.93).

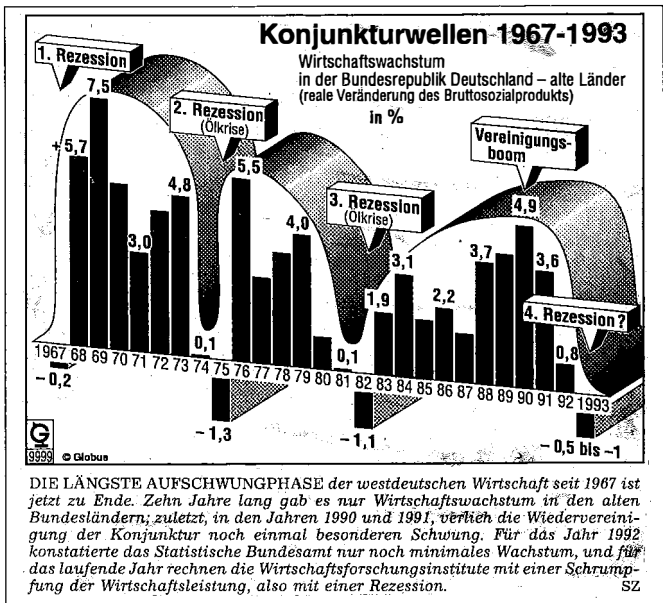
Auch in Ostdeutschland blieb die tatsächliche Entwicklung weit hinter den Erwartungen zurück. Nur sechs Prozent betrug das Wachstum gegenüber den prognostizierten zehn Prozent, wobei nicht vergessen werden darf, von welchem niedrigerem Niveau die sechs Prozent ausgehen. Laut Sachverständigenrat wurde der Zuwachs in erster Linie von den Unternehmen der Bauwirtschaft und des tertiären Sektors getragen.

Zwar war eine steigende Investitionsbereitschaft zu verzeichnen, doch gingen mehr Arbeitsplätze verloren, als neu geschaffen wurden. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist seit der Angliederung an die BRD um mehr als 2,6 Mio. gesunken. Dabei haben über 400 000 Personen als Pendler Beschäftigung in Westdeutschland gefunden (SVR). Daneben ist die ostdeutsche Wirtschaft von gravierenden Absatzschwierigkeiten gekennzeichnet. Stattdessen wird die Nachfrage der neuen Bundesländer häufig vom Westen bedient: das Nachfragevolumen des Ostens war 1992 doppelt so hoch, wie die eigene Produktion (SVR).

Prognosen zufolge wird es auch 1993 aufwärtsgehen. Besonders in Bereichen der Bauwirtschaft, den baunahen Bereichen, in Teilen des Dienstleistungsgewerbes sowie in Handel und Verkehr. Auch in der Industrie und in den verbrauchernahen Bereichen gibt es Verbesserungstendenzen. Verschlechtert hat sich die Lage bei Eisen und Stahl, in den Gießereien, in der Feinmechanik/Optik sowie im Textilgewerbe. Daher werde die Industrieproduktion kaum zunehmen. Für 1993 wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von sieben bis acht Prozent prognostiziert (FAZ 15.10.92).



STEUERT DIE WESTDEUTSCHE Wirtschaft auf eine Rezession zu, oder handelt es sich um einen vorübergehenden Schwächeanfall? Im Juli 1992 gingen fast 4 Prozent weniger Bestellungen ein als im Juli 1991; und im August gab es sogar ein Minus von 7 Prozent. SZ



Für die alten Bundesländer, die 92% des gesamtdeutschen Inlandsprodukts erstellen, schwanken die Konjunkturprognosen der bürgerlichen Institute um die Null Prozent für 1993. Allerdings scheinen sie das selber nicht zu glauben. Die "Süddeutsche" schreibt über das derzeitige Verhalten der Institute: "Alle Konjunktur-Propheten stehen in diesen Tagen vor dem gleichen Dilemma: Lassen sie ihren Befürchtungen die Zügel, wonach die Rezession im Westen Deutschlands doch erheblich länger und tiefer ausfallen wird als noch vor kurzem angenommen, dann helfen sie möglicherweise tatkräftig mit, das herbeizureden, was eigentlich jedermann vermeiden möchte. ... Machen sie dagegen auf Optimismus und prognostizieren sie den baldigen Wiederaufschwung, so ist die Gefahr groß, daß sie beträchtlich neben der tatsächlichen Entwicklung liegen und ihr Renommee aufs Spiel setzen. Angesichts dieser Problematik hat sich das Ifo-Institut in München zu einer Art Doppelstrategie entschlossen: auf der einen Seite versuchen die Konjunkturbeobachter zu beschwichtigen. ... Andererseits aber stellt das Institut in seinem Dezember-Bericht besorgt fest, daß die westdeutsche Konjunktur Gefahr laufe, in einen sich selbst verstärkenden Abschwung zu geraten." (SZ, 23/24/1.93).

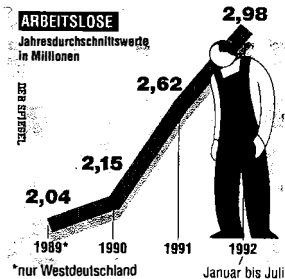
Soviel zur wissenschaftliche Präzision und Vertrauenswürdigkeit der etablierten, von Wirtschaft und Staat finanzierten Institute.

Arbeitsmarkt

Besonders drastisch wirkt sich der Konjunktüreinbruch auf den Arbeitsmarkt aus. Ausgehend von einer jährlichen Produktivitätssteigerung von zwei Prozent (SZ, 21.11.92) wird sich die Zahl der Arbeitslosen bei einer Stagnation um vieles mehr erhöhen, als dies noch bei einem geringen Wachstum der Fall wäre. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) prognostiziert eine Arbeitslosenzahl in Westdeutschland von 2,1 Mio. im Jahresdurchschnitt. Das wäre im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 300.000 Arbeitslosen. In den neuen Bundesländern wird von 100.000 Arbeitslosen mehr ausgegangen, d.h. es wären dann 1,2 Mio. Arbeitslose im Osten, 1,8 Mio. Menschen wurden nach Verlust ihres Arbeitsplatzes durch öffentliche Maßnahmen, z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Frühverrentung oder berufliche Bildung aus der Statistik befördert. Würde man diese zu den registrierten Arbeitslosen hinzurechnen, so ergäbe sich für Gesamtdeutschland eine Arbeitslosenzahl von rund fünf Mio., was zuletzt während der Weltwirtschaftskrise gegeben war (IfW).

Beispiel Automobilindustrie

Fast alle Automobilhersteller- und Zulieferer planen mittlerweile Kurzarbeit. 6000 Stellen bei Opel, 12.000 bei VW und 3000 bei BMW sollten noch bis Jahresende 1992 gestrichen werden. Mercedes wollte noch bis Ende 1992 12.500 Stellen abgebaut haben. Laut Spiegel werden in den nächsten Jahren zwischen 100.000 und 200.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie überflüssig.



VW rechnet damit, daß der Absatzrückgang in Deutschland stärker ausfallen wird, als erwartet. Der Automobilmarkt werde in Westeuropa um zehn Prozent, in Deutschland sogar um 20 Prozent zurückgehen. Darauf bauen auch die Pläne auf, innerhalb der nächsten 12 Monate weitere 12.500 Arbeiter weniger zu beschäftigen. Auch die Investitionstätigkeit des Konzerns wurde vom Absatzmangel betroffen. Statt der geplanten 11,7 Mrd. DM wurden im vergangenen Jahr nur 9 Mrd. investiert.

Bei Daimler-Benz sieht es nicht viel anders aus: 1992 ging die Produktion von Personenkraftwagen um 8,5 Prozent zurück, die Produktion von Nutzfahrzeugen um 5,1 Prozent. Mit einer Besserung vor der zweiten Hälfte 1993 ist laut Daimler-Vorstandsvorsitzendem Edzard Reuter nicht zu rechnen. Neben Kurzarbeit ist für 1993 eine weitere Stellenreduzierung von ca. 15.000 geplant (SZ, 17.12.92).

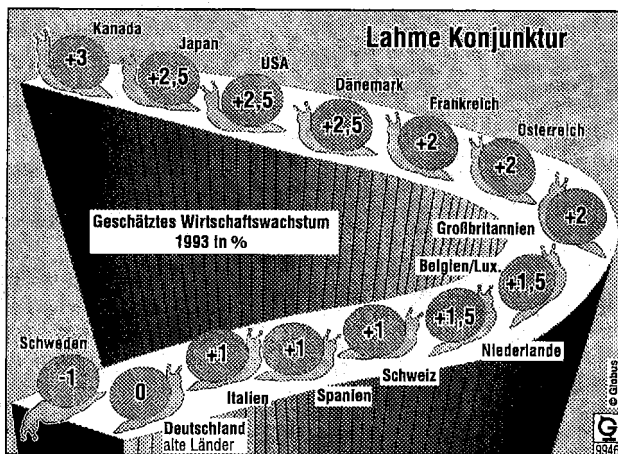
Ein Blick auf die Handelsbilanz

Auch 1992 verzeichnet die Statistik ein nennenswertes Plus in der Handelsbilanz. Der deutsche Exportüberschuß ist aber nicht etwa auf einen kräftigen Anstieg der Ausfuhren zurückzuführen, sondern vielmehr auf die konjunkturbedingte Schwäche der Einfuhren. Die Sorgen der deutschen Exportunternehmen sind groß. Zwar ist der Dollar am steigen, doch darf dabei nicht vergessen werden, daß nahezu vier Fünftel des Exportgeschäftes in DM abgewickelt werden und fast drei Viertel der deutschen Ausfuhr nach Westeuropa gehen (Frankreich ist der wichtigste Abnehmer der deutschen Exportwirtschaft). Und von den westeuropäischen Industrieländern sind für das kommende Jahr keine positiven Impulse zu erwarten. Schlechte Konjunkturlagen in Großbritannien, Frankreich und Italien sind ein Grund dafür, die starke Mark ein anderer (FAZ, 12.10.92).

Von der Außenwirtschaft sind also keine positiven Impulse zu erwarten. Als einzige - mögliche - Ausnahme wird hin und wieder die USA genannt, die aus ihrer wirtschaftlichen Rezessionsphase zu kommen scheint und unter dem neuen Präsidenten Clinton an Fahrt gewinnen könnte.

Außenhandel
(in Milliarden Dollar)

Jahr	Monat	Export	Import	Saldo
1983	Januar	17,39	20,96	- 3,57
1984	Dezember	19,29	27,43	- 8,14
1986	Juli	17,71	35,75	-18,04
1990	Oktober	35,01	45,89	-10,88
1991	Juni	34,97	38,76	- 3,79
1992	Februar	37,66	40,96	- 3,29
	Juli	37,81	45,09	- 7,28
	August	35,51	44,51	- 9,00



USA : Bestandsaufnahme

Zinssenkungen, die nicht greifen (seit 1989 hat die am. Zentralbank die Zinsen 23 mal gesenkt), sinkende Industrieproduktion, fallende Kapazitätsausnutzung, Einbußen bei Auftragsengängen und Einkommen, sinkende Sparrate und steigendes Außenhandelsdefizit lassen in den USA für die nächste Zeit nicht viel Besserung erwarten. Die Arbeitslosenquote stieg im Vergleich zum Vorjahr um über ein Prozent auf ca. 7,6 Prozent. Das bedeutet über eine Million mehr Arbeitslose. Somit kann auch die relativ geringe Lagerhaltung, eine niedrige Inflationsrate und eine leichte Verbesserung der Umsätze im Einzelhandel im September über die anhaltenden Wirtschaftsprobleme nicht wegtäuschen, zumal auch in Betracht gezogen werden muß, daß die Besserungsdaten die kurz vor der Präsidentschaftswahl erschienen sind mit Vorsicht zu genießen sind. Bill Clinton gibt selbst zu, daß die

wirtschaftlichen Probleme langfristig und von struktureller Natur sind. Die beiden grundlegenden langfristigen Probleme sind ein schwaches Produktivitätswachstum und die zunehmende Ungleichheit, hieß es auf dem Wirtschaftskongreß Mitte Dezember in Little Rock.

Konsumschwäche

Der private Konsum, der in den USA zwei Drittel zum Sozialprodukt beiträgt, hält sich wegen der hohen Verschuldung der privaten Haushalte wohl auch weiterhin in Grenzen. Die Devise der Konsumenten lautet, zuerst die Altschulden abbauen, bevor man sich in den neuen Kaufrausch stürzen kann. Dies ist ein nicht zu vernachlässigender Grund, der eine rasche Erholung der amerikanischen Wirtschaft behindert.

Haushaltsdefizit

Das gigantische Haushaltsdefizit erreichte mit 290,2 Mrd. US \$ (21 Mrd. mehr als 1991) einen neuen historischen Rekord. Für das kommende Jahr ist mit einem Fehlbetrag von mindestens 330 Mrd. US \$ zu rechnen (WirtschaftsWoche Nr. 46), was den wirtschaftspolitischen Spielraum des neuen Präsidenten von sich aus schon ziemlich einschränkt wird. Expansive Fiskalpolitik scheint in den USA inzwischen ein Ding der Unmöglichkeit zu sein.

Clintons Pläne, die Amerikanische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen

Die Wahl Clintons zum neuen Präsidenten der USA zeigt deutlich, daß das ökonomische Wohlbefinden der amerikanischen Bürger wahlentscheidend ist. Doch mußte dieses Wohlbefinden in den vergangenen Jahren so starke Einbußen hinnehmen, daß es jetzt für den Bush-Nachfolger sicher nicht einfach sein wird, den Erwartungen, die seine Wähler in ihn gesetzt haben, in absehbarer Zeit nachzukommen.

In den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit will der neue Präsident die drei wirtschaftspolitischen Kernpunkte wie Wachstum, Krankenreform und Defizitminderung anpacken. Clinton ist der Ansicht, daß der Staat die Pflicht hat, wegen ständiger Marktveränderungen für soziale Absicherung der Bevölkerung zu sorgen, d.h. unter anderem, daß das soziale Netz dichter geknüpft werden muß.

Investitionsprogramme

Ansatzpunkte für eine Wirtschaftspolitik liegen im Bereich der staatlichen Investitionen und Investitionsförderungen durch Subventionen und Steueranreize besonders in den Bereichen, in denen eine hohe gesamtwirtschaftliche Rendite zu erwarten ist, wie zum Beispiel im Bereich der Humankapitalbildung und der Infrastrukturverbesserung. Besonders durch Ausbildungsförderungsprogramme will Clinton den amerikanischen Arbeiter flexibler und konkurrenzfähiger machen.

Doch woher will die neue Administration das Geld nehmen für diese aktive Rolle des Staates, die Clinton für notwendig ansieht, bei über drei Billionen Haushaltsdefizit in diesem Jahr?

Ein Teil soll durch eine verbesserte Verwaltung, knappere Ausgabengrenzen für bestehende Programme und massive Einsparungen im Verteidigungsetat finanziert werden. Außerdem sollen schärfere Kontrollen und höhere Sätze für die Besteuerung von ausländischen Unternehmen durchgeführt werden. Das könnten 45 Mrd. \$ mehr für die Haushaltskasse bedeuten. Erklärtes Ziel Clintons ist es, das Haushaltsdefizit in der neuen Amtsperiode auf 140 Mrd. \$ zu senken. Gedenkt er jedoch alle seine Pläne durchzuführen, wird sich das Defizit wahrscheinlich um 217 Mrd. \$ auf über fünf Billionen US-Dollar erhöhen.

Kluft zwischen Arm und Reich

Ein immer gravierenderes Problem stellt die sich immer weiter ausdehnende Kluft zwischen Arm und Reich dar. Mittlerweile leben 14,2 Prozent der US-Amerikaner unter der Armuts-grenze. Somit ist die geplante Steuererhöhung für die reichsten zwei Prozent der Einkommensbezieher einerseits ein sozialpolitisch wünschenswertes Umverteilungsziel. Andererseits bewegt sich diese Maßnahme in einer finanziellen Größenordnung, die angesichts der drastischen Probleme nicht einmal kosmetische Wirkung verspricht.

Auch das amerikanische Gesundheitswesen wird dem neuen Präsidenten Probleme bereiten, leistet es doch einen immer größeren Beitrag zum Haushaltsdefizit. Dabei sind 14,1 Prozent der Amerikaner immer noch unversichert.

Clinton schwebt in diesem Bereich eine Pflichtversicherung vor, wonach die Unternehmen entweder ihre Arbeitnehmer selbst versichern oder in einen allgemeinen Topf für die Pflichtversicherung einzahlen müssen. Die Umstellung des Systems allein würde jedoch schon einen so hohen finanziellen Aufwand erfordern, der nur zu einem Bruchteil durch die Beteiligung der Unternehmer gedeckt werden könnte, daß Clinton es sich zweimal überlegen wird, wie er an die Gesundheitsreform herantritt.

NAFTA

Der noch im Dezember 1992 von Bush und seinen mexikanischen und kanadischen Amtskollegen unterzeichnete Vertrag über die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, die weltweit größte Freihandelszone mit 370 Mio. Verbrauchern, ist in den USA nicht nur mit Wohlwollen aufgenommen worden.



„Keine Angst, wir retten dich!“

Der Vertrag kann ab 1.1.94 in Kraft treten, wenn in der Zwischenzeit alle drei Parlamente ihre Zustimmung gegeben haben. Doch werden schon jetzt Stimmen laut, daß der Vertrag sowohl den amerikanischen als auch den kanadischen Arbeitern schaden werde. Die US-Unternehmen könnten ihre Produktion zu einem Großteil nach Mexiko verlegen, wo die Löhne nur ein Sechstel des amerikanischen Niveaus betragen. Außerdem könnten die amerikanischen Unternehmen dann auch im Umweltbereich Kosten einsparen, da Mexiko hier weniger strenge Vorschriften hat.

Daher fordert Clinton auch ergänzende Klauseln zu NAFTA. Zum einen sollen allen von Stellenverlusten Betroffenen Umschulungsprogramme angeboten werden, zum anderen müßte es im mexikanisch-texanischen Grenzgebiet strikte Auflagen zum Umweltschutz geben. Darin würde nun aber die Industrie wieder Nachteile für sich sehen.

Alles in allem wird auch Clinton dem Vertrag zustimmen, ein Wundermittel für die amerikanische Wirtschaft wird er aber nie werden.

Aussichten

Das kommende Jahr wird in keinem Fall ausreichen, um die derzeitige Schwäche der amerikanischen Wirtschaft zu überwinden. Steuerpolitische Versäumnisse der letzten 12 Jahre engen den wirtschafts- und finanzpolitischen Spielraum in der Clinton-Administration erheblich ein. Und für massive Steuererhöhungen ist die amerikanische Wirtschaft im Moment noch zu schwach.

Letztlich wird die Amtszeit Clintons von einer grundlegenden Problematik überschattet sein: Die Amerikaner wollen von ihm eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stärke der sechziger und siebziger Jahre. Ein Zurück in die guten alten Zeiten ist allerdings eine Illusion. Die Welt und die Weltwirtschaft haben sich verändert, die sozialen und ökologischen Probleme haben sich verschärft. An der Symptomen herumzudoktern, und dafür steht Clinton, funktioniert nicht mehr. Objektiv wäre ein tiefgreifender ökologisch und sozial orientierter Umbauprozeß notwendig. Für eine solche radikale Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen gibt es aber in den USA genausowenig wie bei uns eine ausreichende Bewegung oder gar Mehrheiten. Wo der grundlegende Wandel nicht in Gang kommt, werden aber die Auflösungserscheinungen der bisherigen Gesellschaftsordnung weiter fortschreiten.

Japan

Auch die japanische Konsumgüterproduktion, vor allem die Auto- und Elektronikbranche bekommt die weltweite Rezession deutlich zu spüren. Bekannte Firmen wie Toyota, Mazda oder Nissan schreiben rote Zahlen (Salto, Nr. 49/92).

Die japanische Industrieproduktion liegt um ca. sechs Prozent unter dem Vorjahresniveau, die Kapazitätsauslastung sank, die Lagerbestände wuchsen. Wachstumstendenzen liegen nur beim privaten Verbrauch und teilweise im Bausektor vor. Die reale Wachstumsrate belief sich für 1992 auf ca. zwei Prozent.

Rezession und zunehmender Protektionismus auf den internationalen Märkten führten zu einer Absatzkrise, die nachhaltige Auswirkungen auch auf den Arbeitsmarkt hat. Offiziellen Arbeitslosenquoten von 2,1 Prozent schenkt heute schon kaum mehr jemand Glauben. Denn schon allein die Art, wie die Erhebungen in Japan durchgeführt werden, ist äußerst ungläubwürdig. Wer einmal im Monat auch nur eine Stunde gearbeitet hat, wird nicht als "arbeitslos" erfaßt. Auch Berufsanfänger, die keine Arbeit finden, werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt. Insofern wundert es nicht, daß die Gewerkschaften schon lange die offiziellen Arbeitslosenziffern mit drei multiplizieren, um eine einigermaßen realistische Zahl in den Händen zu halten (WiWo, 42/92).

Nun will die japanische Regierung der Wirtschaft mit öffentlichen Investitionen auf die Sprünge helfen. Das Programm umfaßt ca. eine Billion Mark, mit denen u.a. Investitionsvorhaben gefördert werden sollen, die kleinere Firmen unterstützen und die die Infrastruktur verbessern (SZ, 28.12.92).

Prognosen und beredtes Schweigen

Wie bereits in den ersten Abschnitten dargestellt: Die ausgesprochenen und unausgesprochenen Prognosen gehen von Stagnation und Rezession für die Bundesrepublik aus. Damit liegen die Forschungsinstitute ausnahmsweise richtig.

Auch die weltweite wirtschaftliche Situation sieht insgesamt nicht nach einer schnellen Erholung aus dem Tief aus.

Die Erwartungen der offiziellen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie, gerade durch die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre zu einem robusteren und krisenfreieren Kapitalismus zu kommen, haben sich als Flop erwiesen. Angesichts dieser Situation erwarten wir mit Spannung die Erklärungen unserer hundertfünfzigprozentigen Marktwirtschaftler, wo denn nun der Fehler liegt, da sie doch vorher glaubten, alles im Griff zu haben. Wir befürchten allerdings, daß sie uns noch lange in Spannung warten lassen. Stattdessen werden sie neue Programme und Vorschläge zum Sozial- und Einkommensabbau vorlegen. Wie gehabt.